

SPD Fraktion im Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

An die lokalen Medien

12.06.08

## Heuschrecke frisst LEG-Wohnungen

## Presseerklärung

Der Verkauf von 93.000 Wohnungen der LEG an den Immobilienfonds der amerikanischen Investmentbank Goldmann-Sachs Whitehall ist eine Katastrophe für die betroffenen Mieterinnen und Mieter.

Birgit Pohlmann-Rohr, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Mit dem Verkauf ausgerechnet an einen international agierenden Hedgefonds hat die Landesregierung deutlich gemacht, dass es ihr ausschließlich um eine Gewinnmaximierung zur Sanierung des Landeshaushaltes geht. Die Sozialcharta für Mieterinnen und Mieter ist allenfalls ein notdürftiges Deckmäntelchen für den Ausverkauf des landeseigenen sozialen Wohnraumes und dem Rückzug der Landesregierung aus der wohnungspolitischen Verantwortung. Whitehall ist zudem die schlimmste Variante für den Wohnungsbestand, die wir uns vorstellen können."

So ist bekannt, dass Goldmann Sachs in Berlin gemeinsam mit dem US-Fonds Cerberus das kommunale Berliner Wohnungsunternehmen aufgekauft, aufgrund der niedrigen Zinsen einen riesigen Profit erwirtschaftet hat, dennoch sofort das Mieterhöhungspotenzial ausgeschöpft und kostenintensive Wohneinheiten verkauft hat. Ein halbes Jahr nach dem Kauf wurde an einen Weiterverwerter veräußert und wieder drei Monate später landete die Hälfte der Wohnungen bei einem Spezialisten für Mieterprivatisierung.

Helmut Harnisch, Sprecher der SPD-Fraktion im AUSW: "Vergleichbares ist in NRW zu befürchten. Allein in Dortmund sind 13.000 Wohnungen der LEG und Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft betroffen. Die Erfahrungen zeigen, dass die so genannte Sozialcharta in kürzester Zeit wertlos ist und nicht nur eine Explosion der Mietkosten, sondern auch der Zerfall und die Verwahrlosung ganzer Siedlungen durch mangelhafte Instandhaltung droht."

Birgit Pohlmann-Rohr: ""Die Auswirkungen für unseren Wohnungsmarkt werden wir genau beobachten. Dennoch geht uns mit dem LEG-Verkauf ein wichtiger Partner für soziale Stadtentwicklung verloren. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, Bestände über die DOGEWO in kommunale Trägerschaft zu übernehmen und damit die Chance zu haben, die Entwicklung in den betroffenen Siedlungen über wohnungspolitische Instrumente zu steuern. Jede Form der Mieterselbstorganisation und gegebenenfalls des Widerstandes gegen das Geschäftsgebaren von Whitehall werden wir unterstützen."

Helmut Harnisch (SPD) "Die Konsequenzen des Verkaufs werden wir intensiv mit unseren Partnern bei der DOGEWO und mit der Wohnungsverwaltung diskutieren. Wir werden das Thema darüber hinaus im Rat für die Tagesordnung vorschlagen und uns entsprechend positionieren."